

Brugger Woche

Die Guten und die Bösen

30. Januar 2026

Kolumne



(Bild: © Adrian Ehrbar Photography) Dr. Adrian Schoop ist Unternehmer und FDP-Grossrat im Kanton Aargau.

Der Staat wächst, die Bürokratie überbordert und die Wächter über «das Gute» fühlen sich moralisch überlegen. Wer ihrem Wahnwitz nicht zustimmt, gilt als «die Bösen». Diskussion überflüssig, ansonsten fühlen sich «die Guten» unwohl. Die Wirtschaft hechelt hinterher, soll die Fantasiewelt «der Guten» finanzieren und müht sich über zunehmende Hürden, welche ihr vor die Füsse geworfen werden.

Tue Gutes und lass andere bezahlen

Die Schweiz lebt (noch) in einer Komfortzone. Während unsere Nachbarn unter Schuldenbergen ächzen, scheint bei uns Wohlstand eine Selbstverständlichkeit zu sein. Hart erarbeitet zwar, von jenen die Steuern zahlen. Aber bitte liefert davon genügend ab, um auch all jenen vom Kuchen abzugeben, die nichts dazu beigetragen haben, weil sie nichts leisten wollen.

Man verstehe mich nicht falsch: Wer nicht kann, dem soll geholfen werden. Wer nicht will, dem soll klar gemacht werden, dass Solidarität nicht «den Guten» vorbehalten ist. Diese zeigt sich durch gelebte Eigenverantwortung und nicht durch den steten Griff in fremde Taschen, um einen Vollversorgungsstaat finanzieren zu können. Die vielbeschworene Umverteilung findet wirklich statt. Und zwar von den Willigen zu den Unwilligen. Wer arbeitet zahlt: Steuern, steigende Krankenkassenprämien, steigende Stromkosten, steigende Mieten usw. Wer zu «den Guten» gehört, schnödet und verteilt das Geld «der Bösen». Zugegeben, das ist etwas überspitzt, aber Zahlen lügen nicht, auch wenn sie unerwünscht sind.

Der Bund gibt 2026 stolze 91 Milliarden Franken aus. Seit 1990 haben sich die Ausgaben real – also teuerungsbereinigt – nahezu verdoppelt. Die Wirtschaft ist zwar gewachsen, aber nicht in diesem atemberaubenden Tempo. Sie soll zahlen, wird aber ständig gegängelt, kritisiert und verunglimpft. Und mit ihr die Unternehmerinnen und Unternehmer – sie sind «die Bösen».



Die Wirtschaft hechelt und die Atemluft wird ihr abgedreht

Zunehmend geht der Wirtschaft der Schnauf aus. Heerscharen von Nichtregierungsorganisationen (NGOs), Subventionsjägern und sonstigen Profiteuren von staatlichen Leistungen, haben sich längst etabliert. Sie sind zu Selbstbedienungsinstitutionen geworden, die uns mit Steuergeldern erklären, was wir alles falsch machen, was politisch korrekt ist und wem die Moralkeule über den Schädel gehauen gehört.

Übertrieben? Nein!

Inzwischen werden rund 60% des Bundesbudgets als Subventionen umverteilt. Das sind fast 50 Milliarden Franken jedes Jahr. Ein Plus von 30% in den letzten 10 Jahren, während die Wirtschaft nur um etwa 20% zulegen.

Wer sich vom leckenden Schiff retten will, geht zum Bund. Dieser verzeichnet mittlerweile 39'000 Vollzeitstellen. Die Bundesangestellten verdienen im Schnitt über 130'000 Franken, bei vergleichbarer Qualifikation 12% über der Privatwirtschaft. Das Gleichstellungsbüro des Bundes hat sein Personal seit 2015 um über 70% erhöht, man könnte meinen, wir seien bei der Gleichstellung im Mittelalter stehengeblieben.

Reformstau nimmt zu

Altersvorsorge, Migrations- und Asylpolitik, die Positionierung der Schweiz in einer Welt, die zunehmend vom Grundsatz «Macht vor Recht» dominiert wird; überall herrscht Mutlosigkeit zu wirklichen Reformen. Augen zu und direkt gegen die Wand, scheint eine politische Maxime geworden zu sein. Alles andere könnte Wählerstimmen kosten, die eigene Klientel verärgern, die sich mehr und mehr daran gewöhnt, vom Staat zu verlangen, was man selber nicht auf die Reihe bekommt. Harte Worte, gewiss, aber es würde sich lohnen, darüber nachzudenken, angesichts der rasch steigenden Arbeitslosenzahlen. Klammert man die Pandemie aus, liegt die Arbeitslosenquote im Aargau aktuell bei 3.4%. Höher war sie letztmals im Jahr 2010.

Absurd, unverständlich, Selbsttäuschung

Ein Musterbeispiel für die heutige, ans Absurde grenzende Realität ist die Migrationspolitik und die damit zusammenhängende Kriminalität. Beispiele: Bei Sexualdelikten sind Täter aus Afghanistan im Vergleich zur einheimischen Bevölkerung rund 6.5mal häufiger vertreten, aus Tunesien etwa 4.5mal und aus Marokko rund 3.5mal. Auch aus Syrien, Somalia und dem Kongo sind Täter übervertreten. Noch übler sieht es bei schweren Gewaltdelikten gegen Leib und Leben aus. Die Antwort der Politik? Was nicht sein darf, das ist auch nicht so! Wer das Gegenteil behauptet, gehört zu «den Bösen».

Ihre Meinung zu diesem Thema interessiert uns. Schreiben Sie per Mail an:
schoop@aargauerwoche.ch

